



## Staatssekretär Bleser: 'Gutachten zur Hofabgabe bestätigt positive Auswirkungen auf die Agrarstruktur'

Staatssekretär Bleser: "Gutachten zur Hofabgabe bestätigt positive Auswirkungen auf die Agrarstruktur" Die in der Alterssicherung der Landwirte vorgesehene Verpflichtung zur Hofabgabe hat positive Auswirkungen auf die Agrarstruktur. Das hat ein neues empirisches Gutachten des Thünen-Instituts belegt. Derzeit ist die Abgabe des Unternehmens eine Voraussetzung für den Bezug einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte. Die Hofabgabeverpflichtung verbindet Sozial- und Agrarstrukturpolitik. Folglich weist Deutschland im europäischen Vergleich eine sehr günstige Altersstruktur bei den Betriebsleitern auf, was sich wiederum positiv auf die Investitions- und Innovationsbereitschaft in unserer Landwirtschaft auswirkt", sagte Peter Bleser, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundeslandwirtschaftsministerin. "Wir müssen die Landwirte und ihre Familien für die Herausforderungen der Zukunft wappnen. Dafür muss die Verantwortung früh von den bisherigen Betriebsleitern auf die nachfolgende Generation übertragen werden", sagte Bleser. Aufgrund einzelner Diskussionen, ob die Hofabgabe und ihr Nutzen für die Landwirtschaft noch zeitgemäß seien, hat das Bundeslandwirtschaftsministerium zur Versachlichung das nun vorliegende Gutachten in Auftrag gegeben. Das Thünen-Institut untersuchte im Auftrag des Ministeriums die agrarstrukturellen Wirkungen sowie mögliche Folgen einer Abschaffung der Verpflichtung zur Hofabgabe. Im Kern bestätigt das Gutachten die Auffassung der Bundesregierung, dass die Hofabgabeverpflichtung nach wie vor positive agrarstrukturelle Effekte bewirke. "Auch wenn die Entscheidung über die Abgabe des Unternehmens von verschiedenen Faktoren abhängt, ist die Hofabgabeverpflichtung eine wichtige Orientierungshilfe für die verschiedenen Generationen eines Betriebes und noch immer zeitgemäß", sagte Bleser. Allerdings weist das Gutachten auch darauf hin, dass die strukturpolitischen Effekte und die Folgen eines Rentenverzichts ohne die Hofabgabe für Betriebe durchaus unterschiedlich sein können. Das Bundeslandwirtschaftsministerium wird das Gutachten vor diesem Hintergrund sehr sorgfältig auswerten und prüfen, ob politischer Handlungsbedarf besteht. Hierzu ist ein breiter gesellschaftlicher Dialog vorgesehen. Um diesen Prozess zu ermöglichen, wurde das Gutachten umgehend dem Agrarausschuss des Deutschen Bundestages zugeleitet. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Wilhelmstraße 54 10117 Berlin Deutschland Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0 Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62 Mail: [poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de) URL: <http://www.bml.de>  [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pintr\\_=522867](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pintr_=522867) width="1" height="1"

### Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://bml.de)  
[poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://bml.de)  
[poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.